

Rahmenvertrag zur Lieferung und Inbetriebnahme von AFZS-Fahrzeugausstattungen

Zwischen

Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (VVS)
Rotebühlstraße 121
70178 Stuttgart

.....

-nachfolgend „Auftraggeber Rahmenvertrag“ oder „Rahmenvertragspartner“ oder „VVS GmbH“ genannt –,

und

.....

- nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt -

- beide Parteien nachfolgend auch „Rahmenvertragsparteien“ genannt -

wird nachfolgender Rahmenvertrag zur Lieferung und Inbetriebnahme von AFZS-Fahrzeugausstattungen zu den nachfolgend genannten Bedingungen geschlossen.

1 Präambel

Die Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (kurz: VVS GmbH) nimmt im Verbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wahr. Sie bezweckt mit dieser Ausschreibung die Beschaffung und Installation von Komponenten für die automatische Fahrgastzählung in Kraftfahrzeugen, die im ÖPNV eingesetzt sind. Diese Komponenten bestehen einerseits aus Sensoren, die die Ein- und Ausstiegsvorgänge von Personen an jeder Fahrgasttür eines Fahrzeugs zählen. Sie werden fahrzeugseitig um Steuer- und Kommunikationsmodule einschließlich Steuerungssoftware ergänzt. Auszustatten sind Fahrzeuge, die sich im Eigentum von Verkehrsunternehmen befinden. Die VVS GmbH führt diese Ausschreibung durch, um Effizienzen, Skalen- und Synergieeffekte durch die Bündelung von Beschaffungswünschen der Unternehmen zu nutzen. Dieser Rahmenvertrag bildet die Grundlage für die durch die im Regierungsbezirk Stuttgart sowie im Landkreis Calw tätigen Verkehrsunternehmen sowie deren ÖPNV-Aufgabenträger zu schließenden Einzelverträge. Die zum Berechtigtenkreis dieses Vertrags gehörenden Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger (nachfolgend: „Auftraggeber der Einzelabrufe“ oder „Einzelauftraggeber“ oder „Einzelvertragspartner“), schließen im Wege der zu tätigen Abrufe nach den Vorgaben dieses Rahmenvertrags Einzelverträge über die Lieferung, Montage, Inbetriebnahme von AFZS-Fahrzeugausstattungen ab. Der Rahmenvertrag wird zu den nachfolgenden Bedingungen zwischen dem Auftragnehmer und der VVS GmbH geschlossen. Die berechtigten Verkehrsunternehmen und die ÖPNV-Aufgabenträger sind bezugsberechtigt und decken ihren Bedarf eigenverantwortlich. Für jeden Einzelabruf gelten die Bedingungen dieses Rahmenvertrags. Mindestabnahmemengen werden nicht festgelegt.

2 Vertragsgegenstand und Vertragsbestandteile

- 2.1 Gegenstand dieses Rahmenvertrags ist die Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von AFZS-Fahrzeugausstattungen nach den vertraglichen Vorgaben (Pflichtenheft- und Testphase). Durch diesen Vertrag werden die zum jeweiligen Zeitpunkt im räumlichen Bereich des Regierungspräsidiums Stuttgart sowie des Landkreises Calw tätigen Verkehrsunternehmen sowie deren ÖPNV-Aufgabenträger (nachfolgend Einzelauftraggeber genannt) jeweils selbst dazu berechtigt, einen Einzelabruf nach Maßgabe dieser Rahmenvereinbarung vorzunehmen und den Abschluss eines entsprechenden Einzelvertrags mit dem Auftragnehmer zu verlangen. Es handelt sich derzeit um ca. 70 Verkehrsunternehmen.
- 2.2 Bestandteile dieses Vertrags und der für die Einzelabrufe zu schließenden Einzelverträge sind unter Vorrang der jeweils spezielleren Regelung in nachfolgender Rang- und Reihenfolge:
- 1) dieser Rahmenvertrag,
 - 2) die Leistungsbeschreibung (Lastenheft), die dazugehörige Liste der Erfüllung der Anforderungen (Kriterienliste),
 - 3) das Leistungsverzeichnis (Preisblatt),
 - 4) die vom Auftragnehmer eingereichten folgenden Konzepte:
 - Konzept zum Projektmanagement
 - 5) das von beiden Vertragsparteien freigegebene Pflichtenheft,
 - 6) Soweit nicht in der Rangfolge vorrangig für Leistungen Regelungen nach diesem Rahmenvertrag getroffen sind, gelten sowohl für diesen Vertrag als auch für die jeweiligen Abrufe
 - der Einzelvertrag Lieferung und Montage von AFZS-Fahrzeugausstattungen,
 - der mit dem jeweiligen Einzelauftraggeber abzuschließende Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV),
 - 7) der EVB-IT Cloudvertrag – bei optionalem Abruf dieser Leistungen,
 - 8) die besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestlohnverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg,
 - 9) die Regelungen der Vertragsordnung für Lieferungen und Leistungen, Teil B (VOL/B),
 - 10) die allgemeinen gesetzlichen Regelungen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bieters/Auftragnehmers werden nicht anerkannt und gelten nicht. Dies gilt auch, wenn solchen seitens des Auftraggebers des Rahmenvertrags oder seitens der Einzelauftraggeber nicht widersprochen werden.

Die Pflichtenheftphase beginnt unmittelbar mit Zuschlagserteilung und dauert einen Monat. Der Testbetrieb beginnt nach Freigabe des Pflichtenheftes und dauert je Fahrzeugtyp-Variante 3 Wochen. Die Abrufphase einschließlich Probetrieb und Abnahme der Fahrzeuge, in welchen die abgerufenen Leistungen erbracht werden, beginnt nach Beendigung des Testbetriebs für die entsprechende Fahrzeugtyp-Variante und endet mit Ende der Laufzeit dieses Rahmenvertrags. Nach Ende dieses Rahmenvertrags sind keine Abrufe aus diesem Rahmenvertrag mehr möglich. Die Laufzeiten der nach diesem Rahmenvertrag abgerufenen/abgeschlossenen Einzelverträge und Leistungen bleiben hiervon unberührt.

3 Rechtsstellung der VVS GmbH und der abrufberechtigten Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger (Bezugsberechtigte)

- 3.1 Die VVS GmbH ist der Rahmenvertragspartner des Auftragnehmers. Die gemäß dieses Rahmenvertrags zur Lieferung und Inbetriebnahme von AFZS-Fahrzeugausstattungen abrufberechtigten Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger werden durch die Tätigkeit von Einzelabrufen entsprechend der Regelung des Rahmenvertrags als (Einzel-)Vertragspartner für die abgerufenen Leistungen ausschließlich berechtigt und verpflichtet. Der Auftragnehmer darf lediglich solche Einzelaufträge/Einzelabrufe der abrufberechtigten Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger (Einzelauftraggeber) annehmen und ausführen, die sämtliche Vorgaben dieses Rahmenvertrags mit allen Vertragsbestandteilen beachten. Weiterhin sind dabei das Vertragsformular Einzelvertrag Lieferung und Montage von AFZS-Fahrzeugausstattungen zu verwenden und der jeweilige Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) abzuschließen.

Sofern die vorgenannten Einzelauftraggeber Abrufe unter Nichtbeachtung dieser vertraglichen Vorgaben vorzunehmen versuchen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Rahmenvertragspartner VVS GmbH unverzüglich hierüber zu unterrichten. Dem Auftragnehmer ist es nicht gestattet, während der Vertragslaufzeit dieses Rahmenvertrags mit den vorbenannten Einzelauftraggebern bezüglich der Leistungsgegenstände aus diesem Rahmenvertrag auf anderem Wege als über den Abruf aus diesem Rahmenvertrag zu kontrahieren.

- 3.2 Zur Abgabe von Willenserklärungen, welche die Änderung und Gestaltung dieses Rahmenvertrags zum Gegenstand haben (z. B. Kündigung dieses Rahmenvertrags), ist ausschließlich der Auftraggeber dieses Rahmenvertrags, die VVS GmbH, berechtigt. Eine Berechtigung für die Abrufberechtigten besteht hierzu nicht und wird durch diesen Vertrag auch nicht im Wege der Stellvertretung zugelassen.
- 3.3 Die VVS GmbH stellt sicher, dass zwischen ihr und den Abrufberechtigten im Innenverhältnis die Anwendung der Regelungen und die Geltung der Voraussetzungen aus diesem Rahmenvertrag entsprechend der Vorgaben und Grenzen entsprechend dem Regelungsgehalt der ersten beiden Absätze rechtlich wirksam umgesetzt wird.
- 3.4 Bei den nach diesem Rahmenvertrag Bezugsberechtigten handelt es sich um Verkehrsunternehmen mit Sitz im Regierungsbezirk Stuttgart und dem Landkreis Calw sowie Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs in diesem Raum. Es ist möglich, dass sich der aktuelle Bestand dieser Bezugsberechtigten (Anlage 1) während der Vertragslaufzeit ändert.

4 Beauftragung von Unterauftragnehmern

- 4.1 Unterauftragnehmer dürfen nur mit Zustimmung des Rahmenvertragspartners VVS GmbH eingesetzt werden. Soweit Unterauftragnehmer bereits in der Ausschreibung mit Angebotsabgabe benannt wurden, gilt diese Zustimmung als schon erteilt. Die VVS GmbH kann ihre Zustimmung in begründeten Fällen (z. B. mangelhafte Leistungserbringung in den Einzelverträgen) jederzeit widerrufen. Der Auftragnehmer muss in jedem Fall nachweisen, dass die Pflichten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, auch mit dem Unterauftragnehmer vereinbart worden sind.
- 4.2 Der Auftragnehmer haftet sowohl gegenüber der VVS GmbH als auch gegenüber den Einzelauftraggebern dafür, dass der Unterauftragnehmer alle erforderlichen Genehmigungen und Rechte besitzt, die für die Vertragserfüllung benötigt werden, und stellt die Auftraggeberin von allen Schadensersatzansprüchen, vertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen Dritter, die aus dem Vertragsverhältnis entstehen, frei.
- 4.3 Für den Zeitraum nach dem Laufzeitende dieses Rahmenvertrags geht für Einzelverträge, soweit deren Laufzeit darüber hinausgeht, das Zustimmungs- und Widerrufsrecht auf die jeweiligen Einzelauftraggeber über.

5 Schätzmengen und Höchstmengen

- 5.1 Die Schätzung des Umfangs erfolgt auf Grundlage der bisherigen Erfahrungswerte und aus der Ausstattungsgradberechnung des Anforderungskatalogs „Automatische Fahrgastzählung“ des Landes Baden-Württemberg. Die auf diese Weise ermittelten Bedarfe stellen lediglich eine grobe Schätzung ohne jegliche Haftung oder garantierter Mindestabnahme dar.
- 5.2 Für die Gesamtlaufzeit des Rahmenvertrags von 48 Monaten wird ein Bedarf an der Lieferung und Installation von 483 Fahrzeugausstattungen geschätzt. Eine optionale Überschreitung des geschätzten Bedarfs ist bis maximal 100 % möglich, das bedeutet, dass der Rahmenvertrag bei Erreichen der maximalen Bestellmenge/Abrufmenge (Höchstmenge) von 966 Fahrzeugausstattungen mit AFZS-Sensorik automatisch endet.
- 5.3 Der Auftragnehmer muss fortlaufend, alle 3 Monate, eine Übersicht über die monatlich bestellten/abgerufenen Fahrzeugausstattungen und eine Zuordnung zu den jeweils abrufenden Auftraggebern an die Ansprechpartner der VVS GmbH liefern. Diese Auflistung ist fortzuschreiben, so dass sich eine Gesamtübersicht über die monatlichen Abrufmengen sowie deren Summe ergibt.

6 Rahmenbedingungen für die Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers; optionale Erweiterung des AFZS-Systems auf Datenübermittlung in Echtzeit

- 6.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das gesamte Projekt unter Einhaltung anerkannter Qualitätssicherungsrichtlinien durchzuführen. Dies beinhaltet
- a) die Beachtung aller in der Leistungsbeschreibung genannten Technischen Regelwerke, die in diesem Sinne Bestandteil dieses Vertrages sind,
 - b) die Überprüfung und Freigabe sämtlicher Lieferungen und Erzeugnisse (wie beispielsweise Hardware, Software, Dokumentation, Besprechungsunterlagen) durch die Qualitätssicherung des Auftragnehmers,
 - c) die organisatorische Trennung zwischen der Systemerstellung und Erstellung der Prüfpläne/Durchführung der Prüfungen,
 - d) die Erstellung von Prüflisten und Prüfberichten.
- 6.2 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen aus diesem Vertrag so aufeinander abgestimmt und so vollständig sind, dass gewährleistet ist, die Aufgabenstellung gemäß Lastenheft in Verbindung mit dem Auftragsschreiben und die daraus resultierenden Anforderungen zu erfüllen. Auch wenn einzelne Lieferungen und/oder Leistungen nicht ausdrücklich genannt sind, sind sie vom Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages ohne gesonderte Berechnung zu erbringen, wenn diese Lieferungen und/oder Leistungen nach sachkundiger Auffassung zur Vollständigkeit der Lieferungen und/oder Leistungen oder deren einwandfreier Funktion erforderlich sind.
- 6.3 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen aus diesem Vertrag alle relevanten Gesetze, Verordnungen, Normen und Vorschriften – insbesondere das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG), die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO), die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen (ESBO), das Personenbeförderungsgesetz (PBefG), die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BO Kraft), die Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen (BO Strab), das Straßenverkehrsgesetz (StVG), die Straßenverkehrsordnung (StVO), die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), die ISO-, EN- und DIN-Normen, die VDE- und VDEW-Normen, die VDV-Schriften und –Empfehlungen, die Unfallverhütungsvorschriften – sowie die anerkannten Regeln der Technik für alle in der Leistungsbeschreibung (dem Lastenheft) beschriebenen Funktionen und Komponenten einhalten. Von den Vorgaben der VDV-Schriften und –Empfehlungen kann abgewichen werden, wenn diese nicht sicherheitsrelevant sind, diese Abweichung in der Leistungsbeschreibung (dem Lastenheft) ausdrücklich gefordert oder zur Erfüllung der geforderten Funktionalität notwendig ist. Die Abweichung ist durch den Auftragnehmer nach Art und Umfang eindeutig zu benennen.
- Soweit für die Einhaltung relevanter Gesetze, Verordnungen, Normen und Vorschriften ein Nachweis zu erbringen ist, obliegt dies dem Auftragnehmer gegenüber der VVS GmbH.
- 6.4 Für die Vertraulichkeit und den Datenschutz gelten die Vorgaben der DSGVO und des BDSG.
- 6.5 Für Vertraulichkeit und Datenschutz gilt zudem: Alle am Projekt beteiligten Mitarbeiter des Auftragnehmers sind zum vertraulichen Umgang mit sämtlichen im Rahmen der Vertragserfüllung erhaltenen Daten und Informationen verpflichtet. Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich auf Weisung des Auftraggebers und nur durch entsprechend geschulte Personale, die auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen gemäß Art. 5 und Art. 29 DSGVO verpflichtet wurde. Er hat geeignete technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 24 DSGVO zu treffen. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung von Unterlagen ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Nicht mehr benötigte Datenträger sind datenschutzkonform zu vernichten. Beauftragt der Auftragnehmer Subunternehmer, so hat er sicherzustellen, dass diese vertraglich zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen verpflichtet werden. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber Kontrollrechte gemäß DSGVO ein und verpflichtet sich, etwaige Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten unverzüglich zu melden.
- 6.6 Der Auftragnehmer schließt mit den Einzelauftraggebern jeweils den Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) ab, der dem Einzelvertrag Lieferung und Montage von AFZS-Fahrzeugausstattungen als Anlage beigefügt ist. Dieser geht im Verhältnis zwischen dem Auftragnehmer und den Einzelauftraggebern den vorangehenden Ziffern 6.5 und 6.6 vor, soweit er abweichende oder speziellere Regelungen enthält.

- 6.7 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Kommunikation zwischen ihm und dem Auftraggeber sowohl schriftlich als auch mündlich in deutscher Sprache erfolgt. Dieses setzt voraus, dass alle im direkten Kontakt mit dem Auftraggeber eingesetzten Mitarbeiter des Auftragnehmers die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.
- 6.8 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Betrieb des Auftraggebers nicht behindert wird. Sofern eine Behinderung nicht vermeidbar ist, wird diese auf ein Minimum beschränkt. Dies kann auch dazu führen, dass bestimmte Arbeiten nur nachts durchgeführt werden können.
- 6.9 Der Auftragnehmer erstellt ein Projektorganigramm mit der namentlichen Nennung aller Projektmitarbeiter des Auftragnehmers. Das Organigramm wird vom Auftragnehmer zum Projektbeginn erstellt und ist von ihm bis zum Projektende aktuell zu halten.
- 6.10 Der Auftragnehmer benennt einen Projektleiter, der mit der Abwicklung dieses Auftrages betraut und mit den entsprechenden Vollmachten ausgestattet ist. Der Projektleiter ist für die Ausführung der Leistungen verantwortlich und zur Erteilung technischer Anweisungen berechtigt. Darüber hinaus benennt der Auftragnehmer einen Stellvertreter des Projektleiters, der den Projektleiter im Krankheitsfall oder bei Urlaub vollumfänglich vertritt. Der Projektleiter und sein Stellvertreter sind mit Vertragsunterzeichnung dem Rahmenvertragspartner und Auftraggeber zu benennen. Ihre Qualifikation ist vom Auftragnehmer zu gewährleisten.
- 6.11 Der Rahmenvertragspartner und die Einzelauftraggeber bestimmen ebenfalls je einen Projektleiter und einen Stellvertreter. Einziger Gesprächspartner hinsichtlich aller technischen und verfahrenstechnischen Fragen für die Projektleiter des Auftragnehmers ist der Projektleiter des Rahmenvertragspartners bzw. Auftraggebers und dessen Stellvertreter.
- 6.12 Für alle Besprechungen zwischen Auftragnehmer und Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber während der Abwicklung des Projekts ist vom Auftragnehmer ein Protokoll zu erstellen. Eventuelle Festlegungen in diesen Protokollen erhalten mit der Gegenzeichnung des Projektleiters des Rahmenvertragspartners oder Auftraggebers Verbindlichkeit. Mündliche Vereinbarungen sind nicht verbindlich.
- 6.13 Die Projektleiter sind nicht berechtigt, Vereinbarungen zu treffen, die den Vertragsbedingungen widersprechen. Dies bedarf immer einer schriftlichen Vertragsänderung, bei welcher die Gründe hierfür benannt werden sollen.
- 6.14 Der Projektleiter des Auftragnehmers muss für das Projekt kurzfristig und mit ausreichender Zeit verfügbar sein. Seine Verfügbarkeit oder die seines Stellvertreters muss mindestens werktags Mo-Do: 8-16 und Fr: 8-14 Uhr bestehen.
- 6.15 Ein Wechsel des Projektleiters auf Seiten des Auftragnehmers soll ausgeschlossen sein und ist nur aus Gründen zulässig, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vorher schriftlich das Auswechseln anzukündigen. Der Auftragnehmer wird den Projektleiter oder andere Mitarbeiter auswechseln, wenn der Rahmenvertragspartner dies fordert und hierfür sachliche Gründe bestehen.
- 6.16 Der Auftragnehmer sichert zu, dass das von ihm angebotene AFZS-System als ein Echtzeitsystem zur Information über die aktuelle Auslastung der Fahrzeuge verwendbar ist. Während der Laufzeit dieses Rahmenvertrags besteht für den Auftraggeber VVS GmbH, sofern auf seiner Seite die dazu notwendige Infrastruktur geschaffen ist, die Option auf die Umstellung der Fahrgastzählung auf ein Echtzeitsystem. Für die hierfür erforderlichen Cloudleistungen gilt der EVB-IT Cloudvertrag. Die Geltendmachung der Option durch den Auftraggeber Rahmenvertrag erfolgt in Textform. Die Rahmenvertragsparteien vereinbaren anschließend die Einzelheiten der zusätzlichen Funktionen sowie deren Art der Umsetzung, die zeitliche Ausführung und den hierfür zu veranschlagenden Zeitaufwand. Der zu schließende EVB-IT Cloudvertrag entspricht dem als Anlage beigefügten Vertragsformular. Die Parteien erstellen weiterhin gemeinsam den Kriterienkatalog für Cloudleistungen ggf. inklusive einer Anlage zur Einbeziehung von auftragnehmerseitigen AGB und vereinbaren den monatlichen Preis für die Cloudleistungen.

7 Erstellung und Freigabe des Pflichtenhefts

- 7.1 Der Auftragnehmer erstellt auf Basis der Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung, ein Pflichtenheft, das die technische Ausführung verbindlich spezifiziert. Die Festlegungen aus dem Pflichtenheft konkretisieren dabei lediglich die vertraglichen Vorgaben zur technischen Beschaffenheit und dürfen grundsätzlich keine Abweichungen oder Widersprüche hierzu enthalten oder dort geregelte Mindestanforderungen unterlaufen. Abweichungen von den vertraglichen Vorgaben und Mindestanforderungen für die technische Beschaffenheit dürfen dort nur im Ausnahmefall geregelt werden, wenn dies zwingend erforderlich sein sollte und keine wesentliche Vertragsänderung zu den in der Ausschreibung bezuschlagten Vertragsbedingungen darstellt. Regelungen zur Durchführung dieses Vertrags und der nach diesem abzurufenden Leistungen und abzuschließenden Einzelverträgen sowie Gewährleistungs- und Garantie- oder Preisregelungen durch das Pflichtenheft sind ausgeschlossen. Nach Freigabe durch den Rahmenvertragspartner VVS GmbH wird das Pflichtenheft Vertragsbestandteil.
- 7.2 Die Erstellung des Pflichtenhefts erfolgt unter Beachtung der in Abs. 7.1 geregelten Grundsätze für sämtliche Hard- und Softwarekomponenten, deren Lieferung, Montage und Inbetriebnahme vereinbart ist, und umfasst ebenso eine Checkliste Fahrzeugabnahme. Das Pflichtenheft besteht gegebenenfalls auch aus nach Fachgebieten gegliederten Teil-Pflichtenheften, in denen die technische Ausführung der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistung verbindlich festgelegt wird; eine Anlage zum Pflichtenheft bildet hierbei immer auch die Kriterienliste, in der dargestellt wird, an welcher Stelle des Pflichtenheftes welche in der Liste der Erfüllung der Anforderungen des Lastenheftes aufgeführte, vom Auftragnehmer in seinem Angebot als vollständig oder teilweise erfüllt gekennzeichnete Systemfunktion beschrieben wird. Gliedert sich das Pflichtenheft in Teil-Pflichtenhefte, so ist jedes Teil-Pflichtenheft gesondert freizugeben und das Pflichtenheft in seiner Gesamtheit gilt erst dann als freigegeben, wenn alle Teil-Pflichtenhefte freigegeben sind.
- 7.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Pflichtenheft bzw. die Teil-Pflichtenhefte unmittelbar nach Zuschlagserteilung binnen eines Monats zu erstellen und dem Rahmenvertragspartner in elektronischer Form vorzulegen. Die Rahmenvertragsparteien bzw. deren fachliche Ansprechpartner werden sich auch während der Erstellung dazu austauschen und abstimmen.
- 7.4 Die Freigabe des Pflichtenhefts oder die Übermittlung etwaiger Beanstandungen und Gestaltungswünsche dazu seitens des Rahmenvertragspartners erfolgen innerhalb von 2 Wochen nach dessen Vorlage in Textform.
- 7.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Beanstandungen des Rahmenvertragspartners unverzüglich zu berücksichtigen und das Pflichtenheft binnen 2 Wochen nach deren Zugang anzupassen, wenn diese Festlegungen aus dem Pflichtenheft betreffen, welche mit den Vorgaben aus Absatz 7.1 nicht vereinbar sind. Gleiches gilt, falls es sich um Änderungs- und Gestaltungswünsche des Rahmenvertragspartners handelt, welche im Rahmen der vertraglichen Vorgaben gem. Abs. 7.1 liegen und nicht die Anforderungen von zusätzlichen Leistungen und Ausstattungsmerkmalen beinhalten, die über die vertraglichen Vereinbarungen hinausgehen und zu keinem erheblichen Mehraufwand des Auftragnehmers bei Herstellung, Lieferung, Montage, Betrieb und Wartung/Reparatur der Fahrzeugausstattungen führen. Die Freigabe einer erfolgten Anpassung des Pflichtenhefts oder deren Zurückweisung durch den Rahmenvertragspartner erfolgt binnen 2 Wochen in Textform.
- 7.6 Eine Anpassung des Pflichtenhefts kann im Einvernehmen der Rahmenvertragsparteien, insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Testphase bis zum Ende der Pflichtenheft- und Testphase, erfolgen. Das Einvernehmen ist schriftlich festzuhalten.
- 7.7 Die Information der Einzelauftraggeber über den Abschluss der Pflichtenheftphase und den Beginn der Testphase für die verschiedenen Fahrzeugtypen gemäß der nachfolgenden Ziff. 8.1 übernimmt der Rahmenvertragspartner. Er weist dabei auch auf die Möglichkeit hin, je Fahrzeugtyp ein auszustattendes Fahrzeug für den Testbetrieb durch die Einzelauftraggeber zur Verfügung zu stellen.

8 Testbetrieb

- 8.1 Die Installation der Zählsensorik in den Fahrzeugen der Einzelauftraggeber ist erst nach dem erfolgreichen Abschluss eines Testbetriebs zulässig. Hierzu wird der Auftragnehmer gemeinsam mit dem Rahmenvertragspartner für die nachfolgend definierten Fahrzeugtypen jeweils ein Fahrzeug versuchsweise ausstatten und das Zählsystem in Betrieb nehmen:

- Solobus 2-türig
 - Solobus 3-türig
 - Doppeldecker 3-türig
 - Gelenkbus 3-türig
 - Gelenkbus 4-türig
 - Kleinbus 1-türig.
 - Kleinbus 2-türig.
- 8.2 Der Testbetrieb beginnt frühestes nach erfolgter Freigabe des Pflichtenhefts durch den Rahmenvertragspartner.
- 8.3 Die erstmalige Installation der Zählsensorik und der Testbetrieb für den jeweiligen Fahrzeugtyp erfolgt bei dem Fahrzeug des Einzelauftraggebers, welcher sich nach der Information durch den Rahmenvertragspartner VVS GmbH gemäß Ziff. 7.7 beim Rahmenvertragspartner VVS zuerst zur Erstinstallation und zum Testbetrieb bereit erklärt hat. Dieser Einzelauftraggeber ist verpflichtet, auf Anforderung das betreffende Fahrzeug unverzüglich zur Erstinstallation und für den Testbetrieb zur Verfügung zu stellen. Melden sich nachfolgend weitere Einzelauftraggeber für den jeweiligen Fahrzeugtyp, teilt die VVS GmbH diesen unverzüglich mit, dass der Testbetrieb bereits begonnen hat und ein regulärer Abruf für diesen Fahrzeugtyp nach Bekanntgabe des Abschlusses des Testbetriebs beim Auftragnehmer möglich sein wird.
- 8.4 Den Beginn des Testbetriebs für einen Fahrzeugtyp nach Abschluss der Erstinstallation durch den Auftragnehmer legen Rahmenvertragspartner und Auftragnehmer gemeinsam fest.
- 8.5 Der Testbetrieb dauert 3 Wochen.
- 8.6 Durch den Testbetrieb, der mit einem kleinen, aber repräsentativen Teil der Komponenten des Systems beim Einzelauftraggeber in Zusammenarbeit mit dem Rahmenvertragspartner durchgeführt wird, wird die Funktionsfähigkeit des Systems im praktischen Betrieb mit dem Ziel nachgewiesen, eine Gesamtausrüstung mit dem System beim Auftraggeber durchführen zu können, ohne funktionale – nicht durch die Systemeinführung selbst, sondern durch den fortlaufenden Systembetrieb ausgelöste – Beeinträchtigungen von dessen betrieblichen Prozessen und Abläufen zu verursachen. Beim Testbetrieb wird der Auftraggeber das System mit seinem Personal unter eigener betrieblicher Verantwortung betreiben.
- Sofern dies in diesem Vertrag vereinbart ist, gliedert sich der Testbetrieb in mehrere Teil-Testbetriebe, die in einem jeweils in diesem Vertrag vereinbarten Leistungsumfang je Baustufe und/oder je Auftraggeber durchgeführt werden; der Testbetrieb in seiner Gesamtheit gilt erforderlichenfalls erst dann als vollständig erfolgt, wenn alle Teil-Testbetriebe durchgeführt wurden.
- 8.7 Der Testbetrieb und die Teil-Testbetriebe werden bei einem oder mehreren Einzelauftraggebern repräsentativ für alle Auftraggeber in Zusammenarbeit mit dem Rahmenvertragspartner durchgeführt.
- 8.8 Der Testbetrieb findet im alltäglichen Betriebseinsatz sowohl am Tag als auch in der Nacht statt. Während des Testbetriebs sind alle Arbeiten an dem System untersagt. Abweichungen sind zwischen Rahmenvertragspartner, Auftraggeber und Auftragnehmer zu vereinbaren.
- 8.9 Bei Mängeln, durch die die Funktionsfähigkeit des Systems beeinträchtigt ist, wird der Testbetrieb durch eine Erklärung des Rahmenvertragspartners oder Einzelauftraggebers ausgesetzt. Der Auftragnehmer erhält eine angemessene Frist zur Beseitigung dieser Mängel.
- 8.10 Nach Behebung von wesentlichen Mängeln im Sinne von Abs. 8.13 beginnt der Testbetrieb neu.
- 8.11 Nach Behebung von Mängeln, die nicht wesentlich sind, wird der Testbetrieb fortgesetzt und um die Dauer der Aussetzung verlängert. Sofern der verbleibende Zeitraum bis zum Abschluss des Testbetriebes dann kürzer wäre als 2 Wochen, wird der Testbetrieb insoweit verlängert, dass noch 2 unterbrechungsfreie Wochen bis zum Abschluss des Testbetriebes verbleiben.
- 8.12 Über eine Unterbrechung beziehungsweise den erneuten Beginn des Testbetriebes wird ein gemeinsames Protokoll erstellt.
- 8.13 Wesentliche Mängel, die die Funktionsfähigkeit des Systems beeinträchtigen und die zur Aussetzung des Testbetrieb führen, sind insbesondere

- a) sicherheitsrelevante Mängel,
- b) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, zentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit das Gesamtsystem nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert,
- c) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, zentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit ein eigenständiges Teilsystem nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert,
- d) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, dezentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit das Gesamtsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Sprach- und/oder Datenkommunikation handelt
- e) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, dezentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit ein eigenständiges Teilsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Sprach- und/oder Datenkommunikation handelt
- f) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer nicht unwesentlichen Anzahl mobiler, dezentraler Systemkomponenten, ohne deren Funktionsfähigkeit das Gesamtsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert und damit der Einsatz des Produktionsmittels des Auftraggebers, in dem sich die beeinträchtigte Systemkomponente befindet, für den Auftraggeber nicht oder nur erschwerten Bedingungen möglich ist, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Datenkommunikation handelt,
- g) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer nicht unwesentlichen Anzahl mobiler, dezentraler Systemkomponenten, ohne deren Funktionsfähigkeit ein eigenständiges Teilsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert und damit der Einsatz des Fahrzeugs des Auftraggebers, in dem sich die beeinträchtigte Systemkomponente befindet, für den Auftraggeber nicht oder nur erschwerten Bedingungen möglich ist, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Datenkommunikation handelt

Kennzeichen eines wesentlichen Mangels ist es, dass der Ausfall oder die Funktionsstörung bei einmaligem Auftreten über einen Zeitraum andauert oder innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes – gleich welcher Ursache – wiederholt auftritt und dabei die Qualität der Datenerfassung beeinträchtigt.

- 8.14 Der Testbetrieb wird mit einer Erklärung des Rahmenvertragspartners über die erfolgreiche Beendigung des Testbetriebes in Textform gegenüber dem Auftragnehmer beendet. Das Ende und das Ergebnis des Testbetriebes sind vom Auftragnehmer zu protokollieren und werden vom Rahmenvertragspartner in angemessener Frist freigegeben. Bis zur Beendigung des Testbetrieb ist durch den Auftragnehmer eine Montageanleitung für den Einbau des Systems in die jeweiligen Fahrzeugtyp-Variante gem. Ziff. 8.1 zu erstellen, welche die Ergebnisse des Testbetriebs berücksichtigt. Der Auftragnehmer übermittelt nach der erfolgreichen Beendigung die Montageanleitung für die jeweilige Fahrzeugtyp-Variante an den Rahmenvertragspartner.
- 8.15 Die erfolgreiche Beendigung des Testbetriebs der jeweiligen Fahrzeugtyp-Variante ist Voraussetzung für eine das Gesamtsystem umfassende Installation und schließlich eine Inbetriebnahme des Gesamtsystems und für die Erfüllung von Einzelabrufen mit der jeweiligen Fahrzeugtyp-Variante gem. Ziff. 8.1.
- 8.16 Der erfolgreiche Abschluss des Testbetriebs für den jeweiligen Fahrzeugtyp gem. Ziff. 8.1 und die Möglichkeit der Tätigkeit von regulären Einzelabrufen zum jeweiligen Fahrzeugtyp wird den Einzelauftraggebern durch den Rahmenvertragspartner mitgeteilt. Der Rahmenvertragspartner übermittelt den Einzelauftraggebern auf Wunsch die Montageanleitungen für die Fahrzeugtypen gem. Ziff. 8.1.

9 Einzelabrufe, Genehmigung durch den Rahmenvertragspartner

- 9.1 Die Abrufe der auf Abruf zu erbringenden Leistungen für die jeweiligen Fahrzeug-Typen gem. Ziff. 8.1 erfolgen nach Beendigung der Pflichtenheft- und Testphase und nach Mitteilung der Beendigung des Testbetriebs für den jeweiligen Fahrzeugtyp durch die VVS GmbH an die Einzelauftraggeber gem. Ziff.

8.16. Die jeweiligen abrufberechtigten Einzelauftraggeber werden Vertragspartner der abgerufenen Leistungen und Verträge.

9.2 Der Abruf erfolgt in Textform unter Verwendung und Übermittlung des ausgefüllten Einzelvertrags Lieferung und Montage von AFZS-Fahrzeugausstattungen mit dem Anhang Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) an den Auftragnehmer. Zugleich wird der Abruf durch Einzelauftraggeber zur Information in Textform an die VVS GmbH übermittelt. Die Einzelvertragsformulare müssen folgende Angaben enthalten:

- Name des Auftraggebers/Bestellers,
- die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen,
- den Leistungszeitraum bzw. die Leistungstermine, unter Berücksichtigung der vertraglich geltenden Lieferfristen,
- die Empfangsstelle,
- die Rechnungsanschrift sowie
- den Ansprechpartner beim Auftraggeber/Besteller.

9.3 Die Rückmeldung bzw. Bestätigung der Abrufe erfolgt innerhalb von **5 Werktagen** nach Eingang des Abrufs gem. Abs. 9.2 in Textform gegenüber dem jeweiligen abrufenden Einzelauftraggeber. Sind die Leistungen zu den durch die abrufenden Stellen im Einzelvertragsformular angegebenen Konditionen für den Auftragnehmer objektiv nicht durchführbar oder entsprechen die angeforderten Leistungen nicht den Vorgaben dieses Rahmenvertrags, sind diese Einwände binnen der o. g. Frist aus Satz 1 durch den Auftragnehmer dem bestellenden Einzelauftraggeber in Textform mitzuteilen und nach Möglichkeit entsprechend erforderliche Änderungen und Ergänzungen in das Einzelvertragsformular einzubringen. In diesem Fall werden sich der abrufende Einzelauftraggeber und der Auftragnehmer umgehend abstimmen und die Konditionen gemeinsam festlegen.

9.4 Die Rückmeldung des Abrufs sowie auch eine ggf. erfolgte gemeinsame Festlegung der Konditionen gemäß Abs. 9.3 wird zugleich zur Information und zur Genehmigung an den Rahmenvertragspartner VVS GmbH in Textform zugeleitet.

9.5 Der Rahmenvertragspartner prüft, ob der Inhalt der Abrufe mit den Vorgaben dieses Rahmenvertrags vereinbar ist, ob der Einzelauftraggeber sein intern gegenüber dem Rahmenvertragspartner angegebene Schätzkontingent bereits ausgeschöpft hat und inwieweit die Höchstmenge hierdurch erreicht bzw. überschritten wird. Der Rahmenvertragspartner teilt dem Einzelauftraggeber und zugleich dem Auftragnehmer unverzüglich in Textform mit, ob der Einzelabruf genehmigt wird. Der Einzelabruf ist zu genehmigen, wenn

- dessen Inhalt mit diesem Rahmenvertrag vereinbar ist,
- mit dem Abruf der Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) zwischen dem Auftragnehmer und dem Einzelauftraggeber abgeschlossen wurde oder ein solcher mit dem betreffenden Einzelauftraggeber bereits aus einem früheren Abruf vorliegt,
- das dem Verantwortungsbereich des zugehörigen Aufgabenträgers zugewiesene Schätzkontingent hierdurch nicht überschritten und
- das Höchstkontingent aus diesem Vertrag bei summarischer Betrachtung aller bisher erfolgten Abrufe zu höchstens 70 % ausgeschöpft wird.

Die Genehmigung des Einzelabrufs liegt im Ermessen des Rahmenvertragspartners, wenn das dem Verantwortungsbereich des zugehörigen Aufgabenträgers zugewiesene Schätzkontingent oder 70 % des Höchstkontingents überschritten werden. Die Genehmigung ist zwingend zu verweigern, wenn durch den Einzelabruf das Höchstkontingent überzogen wird. Die Verweigerung der Genehmigung ist kurz zu begründen. Der Einzelvertrag kommt erst bei Genehmigung durch den Rahmenvertragspartner zustande.

9.6 Eine Änderung der Leistungen aus einem Einzelabruf ist zwischen dem Auftragnehmer und der abrufenden Stelle unmittelbar abzustimmen. Eine Erhöhung oder Erweiterung der Leistungen aus einem Einzelabruf erfordert einen erneuten Abruf der Mehrleistungen gemäß Abs. 9.2, wobei die Maßgaben der übrigen Absätze unter Ziffer 9 auch hierfür gelten.

- 9.7 Mit dem Abschluss eines Einzelvertrags übernimmt der jeweilige Einzelauftraggeber eigenständig die Koordination der Abwicklung des entsprechenden Teilprojekts. Termine und Arbeitsschritte werden direkt zwischen Einzelauftraggeber und dem Auftragnehmer abgestimmt.
- 9.8 Mit den abgerufenen Leistungen ist seitens des Auftragnehmers zu dem in dem Abruf/Einzelvertragsformular festgelegten Leistungsbeginn zu beginnen und ist die Leistung innerhalb der in dem Abruf festgelegten Leistungszeitraum zu erbringen bzw. sind die Lieferfristen einzuhalten.

10 Kostenkontrolle, Sicherstellung der Kontrolle der Höchstabnahmemenge (Höchstvolumen)

Der Auftragnehmer teilt der VVS GmbH jeweils in Textform mit, wenn das Abnahmevolumen insgesamt 60 %, 70 %, 80 %, 90 % der Höchstabnahmemenge (Höchstvolumen) erreicht. Des Weiteren ist der Auftragnehmer jederzeit auf Anforderung verpflichtet, der VVS GmbH Auskunft über den Status und den Inhalt der Abrufe in Textform zu erteilen.

11 Preisvereinbarungen und Abrechnung

- 11.1 Für die Lieferung und Leistungen des Auftragnehmers gelten die im Leistungsverzeichnis (Preisblatt) ausgewiesenen Preise in Euro. Es handelt sich um Nettopreise zzgl. der Umsatzsteuer zu dem jeweils aktuell gültigen Umsatzsteuersatz.
- 11.2 Die Preise beinhalten sämtliche Nebenkosten, einschließlich insbesondere die Kosten für Verpackungen und Transport bis zum vereinbarten Lieferort inkl. Be- und Entladung. Die Verpackungsmaterialien bleiben Eigentum des Auftragnehmers; er hat für den unmittelbaren Abtransport und gegebenenfalls ihre sach- und fachgerechte Entsorgung zu sorgen.
- 11.3 Diese Preise sind verbindlich und gelten für die gesamte Laufzeit des Rahmenvertrags bzw. für die gesamte Laufzeit der Einzelverträge, sofern nicht in diesem Vertrag oder weiteren Vertragsbestandteilen Preisanpassungsregelungen enthalten sind.
- 11.4 Ab 31. Januar des zweiten auf den Vertragsschluss folgenden Kalenderjahres kann der Auftragnehmer oder Auftraggeber des Rahmenvertrags einmal jährlich eine Anpassung der Preise gemäß nachstehender Preisgleitformel verlangen ("**Anpassungsverlangen**"). Die Anpassung wird zum Beginn des Kalendermonats wirksam, der auf den Zugang des Anpassungsverlangens in Textform beim Auftraggeber folgt, und ist darüber hinaus nur im folgenden Umfang zulässig:

Preisanpassungen können nur verlangt werden, wenn die prozentuale Veränderung des maßgeblichen Preisindex gegenüber dem Wert für das Jahr des Vertragsabschlusses oder bei jeder weiteren Indexänderung gegenüber dem Indexwert der jeweils letzten Änderung mindestens 2% beträgt. Preiserhöhungen dürfen in keinem Fall prozentual über den Erhöhungen der Listenpreise für die betreffenden Komponenten gemäß der allgemeinen Preisliste des Auftragnehmers liegen.

Die Preisanpassung wird nach folgender Formel berechnet:

$$P = P_0 \times \frac{M}{M_0}$$

Darin bedeuten:

P = neuer Preis

P₀ = bisheriger Preis

M = Statistisches Bundesamt Deutschland (<https://www-genesis.destatis.de/>): Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für „**Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse**“, Genesis-online [61241-0003](#), GP09-26 (2-Steller) [Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis \(GP2019 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/Sonderpositionen\)](#), der zum Zeitpunkt des Änderungsverlangens aktuell veröffentlicht ist (der Jahreswert des dem Zeitpunkt der Änderungsverlangens vorangehenden Jahres).

M_0 = der unter M genannte Erzeugerpreisindex für das Jahr des Vertragsschlusses bzw. der Indexwert der letzten Änderung.

- 11.5 Etwaige Patentgebühren, Lizenzvergütungen oder sonstige Rechte Dritter sind durch den vereinbarten Preis für die Leistung abgegolten.
- 11.6 Leistungen aus den abgerufenen Einzelverträgen werden gegenüber dem jeweiligen abrufenden Einzelauftraggeber abgerechnet.
- 11.7 Leistungen, für welche nach dem Leistungsverzeichnis (Preisblatt) die VVS GmbH Vertragspartner ist, werden gegenüber diesem abgerechnet.
- 11.8 Der Auftragnehmer rechnet über die abzurufende Lieferung, Installation und Inbetriebnahme der in die Fahrzeuge einzubauenden Fahrzeugkomponenten wie folgt ab:

1. Abrechnungsschritt	70% nach Abnahme der Lieferung aller Fahrzeugkomponenten gemäß Leistungsverzeichnis (IK I - 1) der bestellten Menge
2. Abrechnungsschritt	100% nach erfolgreicher Abnahme der Fahrzeugeinbauten gemäß Leistungsverzeichnis (IK I - 2, IK I - 3) sowie erfolgreichem Abschluss des zugehörigen Probetriebs und 30% Restzahlung aus dem 1. Zahlungsschritt (IK I - 1)

Der Auftragnehmer stellt für sonstige einmalig zu erbringende vertraglichen Leistungen jeweils eine gesonderte Rechnung nach Erbringung und Abnahme/Freigabe der jeweiligen Leistung. Die Bezahlung der Rechnung ist innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Rechnung fällig. Voraussetzung für die Fälligkeit ist eine ordnungsgemäße Rechnung gemäß § 14 UStG, in welcher die Leistungen nachvollziehbar aufgeschlüsselt sind. Rechnungen sind mit dem Ansprechpartner zu versehen und auf die folgende Rechnungsadresse auszustellen:

- 11.9 Rechnungen, die an den Rahmenvertragspartner VVS GmbH zu stellen sind, sind wie folgt zu adressieren:

Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (VVS)
 Rotebühlstraße 121
 70178 Stuttgart

Der Versand an die VVS GmbH muss ausschließlich per E-Mail an die Adresse Rechnungen@vvs.de erfolgen.

- 11.10 Rechnungen, die an die Einzelauftraggeber zu stellen sind, sind wie in den Einzelverträgen ausgewiesen zu adressieren.
- 11.11 Bei Überzahlungen kann sich der Auftragnehmer bei Rückforderung des Auftraggebers nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen; er hat dem Auftraggeber den zu erstattenden Nettobetrag – ohne Umsatzsteuer – vom Empfang der Zahlung an mit dem Basiszinssatz gemäß BGB für das Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.
- 11.12 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können nicht abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber, die rechtskräftig festgestellt worden sind.

12 Lieferung der einzelnen Fahrzeugkomponenten und Geräte, Teil-Abnahme und Montage

- 12.1 Die einzelnen Fahrzeugkomponenten und Geräte werden jeweils für die betreffenden Fahrzeuge an den Einzelauftraggeber geliefert. Nach Kontrolle der Lieferung auf Vollständigkeit und Prüfung dieser auf äußerlich sichtbare Beschädigungen erklärt der Einzelauftraggeber unverzüglich in Textform diesbezüglich die Teil-Abnahme der Lieferung.

- 12.2 Im Anschluss daran werden die Fahrzeugkomponenten und Geräte in die vom Auftraggeber vorgesehenen Fahrzeug montiert. Sofern durch den Abruf beauftragt, erfolgt die Montage durch den Auftragnehmer.

13 Funktionsprüfung bei Inbetriebnahme

- 13.1 Nach Abschluss der Montage der Komponenten des gelieferten Systems in einem Fahrzeug wird das System zum Nachweis der vorhandenen Funktionen und Eigenschaften gemäß diesem Vertrag mit einer Funktionsprüfung in Betrieb genommen.

Die Funktionsprüfung bei Inbetriebnahme gliedert sich in Funktionsprüfungen bei mehreren Teil-Inbetriebnahmen, die in einem jeweils in diesem Vertrag vereinbarten Leistungsumfang je Baustufe und/oder je Auftraggeber durchgeführt werden; die Funktionsprüfung bei Inbetriebnahme in ihrer Gesamtheit gilt dann erst als vollständig erfolgt, wenn alle Funktionsprüfungen der jeweiligen Teil-Inbetriebnahmen gemäß Anlage 2 (Checkliste Fahrzeugabnahme) des Einzelvertrags durchgeführt wurden.

Erforderliche Prüfeinrichtungen bei der Funktionsprüfung werden vom Auftragnehmer zur Verfügung gestellt. Für die Herstellung einer Mobilfunkverbindung für den Datentransfer stellt der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dienstleister erforderliche Sim-Karten.

- 13.2 Ist eine Selbstmontage durch den Einzelauftraggeber vorgenommen worden, erfolgt vor dem Beginn der Funktionsprüfung und Durchführung Installationsleistungen gem. IK I - 2.2, IK I - 2.4 durch den Auftragnehmer, gemeinsame Kontrolle durch den Auftragnehmer und dem Einzelauftragnehmer, ob die Montage durch den Einzelauftraggeber fehlerfrei unter Beachtung der Vorgaben der Montageanleitung und ohne Beschädigung der gelieferten Komponenten durchgeführt worden. Sollte durch den Einzelauftraggeber bei der Montage die Vorgaben der Montageanleitung nicht beachtet haben oder hierbei die gelieferten Komponenten beschädigt haben, kann der Auftragnehmer die Durchführung und Durchführung Installationsleistungen gem. IK I - 2.2, IK I - 2.4 und der Funktionsprüfung so lange verweigern, bis der Einzelauftraggeber die Fehler behoben hat.

- 13.3 Die erfolgte erfolgreiche Funktionsprüfung bildet den Abschluss der Inbetriebnahmephase. Basis der Nachweise bilden die in den jeweiligen Pflichtenheften festgelegten Daten und der zwischen beiden Parteien vereinbarte Testplan; hierbei kann vereinbart werden, dass die Inbetriebnahme in funktional zusammenhängenden Teil-Inbetriebnahmen – zum Beispiel auf Grund vereinbarter Baustufen – erfolgt. Daten und Testplan werden vom Auftragnehmer rechtzeitig vor der Durchführung der Funktionsprüfung vorgeschlagen, vom Auftraggeber geprüft und nach Berücksichtigung der Änderungswünsche des Auftraggebers zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbart.

Die Durchführung und das Ergebnis der Funktionsprüfung sind zu protokollieren. Das Protokoll enthält gegebenenfalls auch eine Liste der festgestellten Mängel und der vorgesehenen Frist für ihre Behebung.

Sofern bei der Funktionsprüfung Mängel festgestellt werden und dadurch die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems mehr als nur unwesentlich beeinträchtigt wird, ist die Funktionsprüfung zu wiederholen.

- 13.4 Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme mit Funktionsprüfung ist zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu vereinbaren, soweit sich dieser nicht aus dem Einzelabruf ergibt.

Die Bereitschaftsmeldung ergeht vom Auftragnehmer an den Auftraggeber mindestens 14 Kalendertage vor Beginn der Funktionsprüfung.

Für die Inbetriebnahmephase ist zu berücksichtigen, dass die betrieblichen Belange der Auftraggeber Vorrang vor den Inbetriebnahmearbeiten haben, sofern es die Situation erfordert.

- 13.5 Nimmt der Einzelauftraggeber trotz Bereitschaftsmeldung durch den Auftragnehmer und vorhergehender Terminvereinbarung an der Funktionsprüfung nicht teil und hat der Auftraggeber dies zu vertreten, so gilt die Funktionsprüfung mit Ablauf des Tages, an dem die Funktionsprüfung beendet sein sollte, als erbracht und die Inbetriebnahme als abgeschlossen.

14 Probetrieb

- 14.1 Durch den Probetrieb wird die Funktionsfähigkeit des Systems im praktischen Betrieb nachgewiesen. Beim Probetrieb wird der Einzelauftraggeber das System in den jeweiligen einzelnen Fahrzeugen mit seinem Personal unter eigener betrieblicher Verantwortung betreiben.

Sofern dies in diesem Vertrag vereinbart ist, gliedert sich der Probetrieb in mehrere Teil-Probebetriebe, die in einem jeweils in diesem Vertrag vereinbarten Leistungsumfang je Baustufe und/oder je Auftraggeber durchgeführt werden; der Probetrieb in seiner Gesamtheit gilt erforderlichenfalls erst dann als vollständig erfolgt, wenn alle Teil-Probebetriebe durchgeführt wurden.

- 14.2 Der Probetrieb dauert 2 volle Kalenderwochen und beginnt für Fahrzeuge mit Testbetrieb frühestens nach erfolgreichem Testbetrieb und für Fahrzeuge, deren Fahrzeugtyp-Variante für den Einzelabruf bereits freigegeben ist, frühestens nach Inbetriebnahme.

- 14.3 Der Probetrieb beginnt, soweit Auftraggeber und Auftragnehmer nicht eine anderweitige Vereinbarung treffen, zu einem Zeitpunkt, den Auftraggeber und Auftragnehmer miteinander vereinbart haben, sofern der Auftraggeber dem Beginn des Probebetriebes zustimmt. Der Auftraggeber kann jedoch seine Zustimmung nur dann verweigern, wenn beim Abschluss der Inbetriebnahme nicht unwesentliche Mängel festgestellt wurden, die durch den Auftragnehmer noch nicht beseitigt wurden.

Der Beginn des Probebetriebes ist in einem Protokoll zu vermerken, sofern dies nicht bereits durch eine erfolgreiche Inbetriebnahme dokumentiert wird.

- 14.4 Der Probetrieb findet im alltäglichen Betriebseinsatz sowohl am Tag als auch in der Nacht statt. Während des Probebetriebs sind alle Arbeiten an dem System untersagt. Abweichungen sind zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu vereinbaren.

- 14.5 Bei Mängeln, durch die die Funktionsfähigkeit des Systems wesentlich beeinträchtigt ist, wird der Probetrieb durch eine Erklärung des Rahmenvertragspartners oder Auftraggebers ausgesetzt. Der Auftragnehmer erhält eine angemessene Frist zur Beseitigung dieser Mängel.

- 14.6 Nach Behebung von wesentlichen Mängeln im Sinne von Abs. 14.88 wie auch von Mängeln, die nicht wesentlich sind, beginnt der Probetrieb neu.

- 14.7 Über eine Unterbrechung beziehungsweise den erneuten Beginn des Probebetriebes wird ein gemeinsames Protokoll erstellt.

- 14.8 Wesentliche Mängel, die die Funktionsfähigkeit des Systems beeinträchtigen und die zur Aussetzung des Probebetrieb führen, sind insbesondere

- h) ein gemäß Anlage 3 (Fehlerbewertungskatalog) dieses Rahmenvertrags festgestellter Mangel,
- b) sicherheitsrelevante Mängel,
- c) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, zentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit das Gesamtsystem nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert,
- d) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, zentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit ein eigenständiges Teilsystem nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert,
- e) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, dezentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit das Gesamtsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Sprach- und/oder Datenkommunikation handelt,
- f) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer ortsfesten, dezentralen Systemkomponente, ohne deren Funktionsfähigkeit ein eigenständiges Teilsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Sprach- und/oder Datenkommunikation handelt,
- g) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer nicht unwesentlichen Anzahl mobiler, dezentraler Systemkomponenten, ohne deren Funktionsfähigkeit das Gesamtsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert und damit der Einsatz des Produktionsmittels des Auftraggebers, in dem sich die beeinträchtigte Systemkomponente

befindet, für den Auftraggeber nicht oder nur erschwerten Bedingungen möglich ist, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Datenkommunikation handelt,

- h) der Ausfall oder eine nicht unwesentliche Funktionsstörung einer nicht unwesentlichen Anzahl mobiler, dezentraler Systemkomponenten, ohne deren Funktionsfähigkeit ein eigenständiges Teilsystem am betreffenden Ort nicht ordnungs- und bestimmungsgemäß funktioniert und damit der Einsatz des Fahrzeugs des Auftraggebers, in dem sich die beeinträchtigte Systemkomponente befindet, für den Auftraggeber nicht oder nur erschwerten Bedingungen möglich ist, soweit es sich nicht lediglich um einen mit geringem Aufwand behebbaren Mangel der Datenkommunikation handelt.

Kennzeichen eines wesentlichen Mangels ist es, dass der Ausfall oder die Funktionsstörung bei einmaligem Auftreten über einen Zeitraum andauert oder innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes – gleich welcher Ursache – wiederholt auftritt und dabei die Qualität der Datenerfassung beeinträchtigt.

15 Abnahme

- 15.1 Die Abnahme des Systems in einem Fahrzeug setzt voraus, dass ein Probetrieb erfolgreich abgeschlossen und die grundsätzliche Eignung der Fahrzeuginstallation für eine verordnungskonforme Nachfrageerfassung gemäß Anforderungskatalogs „Automatische Fahrgastzählung“ des Landes Baden-Württemberg nachgewiesen ist (s. Anlage 4).

- 15.2 Die Abnahme wird vor Ort in Gegenwart von Vertreten des Einzelauftraggebers und des Auftragnehmers durchgeführt. Die Abnahme erfolgt unmittelbar nach Abschluss des Probetriebs des Systems in dem jeweiligen Fahrzeug. Der genaue Zeitpunkt für die Abnahme wird zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer auf Initiative des Auftragnehmers abgestimmt.

- 15.3 Die Abnahme des Systems erfolgt durch eine Erklärung des Auftraggebers in Textform in Form eines durch den Auftragnehmer zu erstellenden Protokolls nach erfolgreichem Abschluss des Probetriebs.

Wird die Abnahme durch den Auftraggeber erklärt, beinhaltet dies, dass der Einzelvertrag über die Lieferung, Montage und Inbetriebnahme des Systems bezüglich derjenigen Teile, für die der Vertrag gilt, in der Hauptsache erfüllt ist.

- 15.4 Liegen zum Abschluss des Probetriebes noch unerledigte Restpunkte oder Mängel vor, legt der Auftraggeber unter der Setzung von angemessenen Fristen fest, welche dieser Restpunkte und Mängel vor der Abnahme erledigt werden müssen.

Hierfür kann der Auftraggeber einen angemessenen Anteil der letzten Zahlungsrate bis zur Beseitigung der Restpunkte und Mängel einbehalten. Die sonstigen gesetzlichen Rechte des Einzelauftraggebers bleiben unberührt.

Die entsprechenden Festlegungen sind in das Abnahmeprotokoll aufzunehmen.

- 15.5 Der Auftragnehmer gibt alle entsprechenden Komponenten als Gesamtsystem in der Fahrzeugumgebung zur Begutachtung im Rahmen der Zertifizierung der Messgenauigkeit gemäß Ziffer 16 schriftlich frei und übergibt in Absprache mit dem Auftraggeber einen einheitlichen Systemzustand.

16 Zertifizierung der Messgenauigkeit

- 16.1 Mit der erfolgten Abnahme bestätigt der Auftragnehmer die Einhaltung der Vorgaben einer Zertifizierung der Messgenauigkeit gemäß Anforderungskatalog „Automatische Fahrgastzählung“ des Landes Baden-Württemberg durch einen von einem Auftraggeber oder dem Rahmenvertragspartner beauftragten externen berechtigten Gutachter.

- 16.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle für die Zertifizierung der Messgenauigkeit erforderlichen System-Informationen vorab bereitzustellen und zur Vereinheitlichung beitragende Systemkonfigurationen in Rücksprache mit dem Auftraggeber umzusetzen.

- 16.3 Der Auftragnehmer begleitet die vom Einzelauftraggeber oder vom Rahmenvertragspartner beauftragte Zertifizierung der Messgenauigkeit, indem er die Übertragung erforderlicher Referenzdaten (Videobilder der Sensoren und weitere angereicherte Informationen) in Rücksprache mit dem Auftraggeber ermöglicht und sich bedarfsweise bei der Behebung von Störsituationen beteiligt, die dazu führen würden, dass der Zeitplan der Zertifizierung der Messgenauigkeit infolge von potenziell nicht verwertbaren Datensätzen gefährdet wird. Den Zeitplan bestimmt der Auftraggeber oder der Rahmenvertragspartner in Abstimmung mit dem externen Gutachter und dem Auftragnehmer.
- 16.4 Stellt sich gutachterlich heraus, dass die Messgenauigkeit nicht die erforderlichen statistischen Parameter des Anforderungskatalogs „Automatische Fahrgastzählung“ des Landes Baden-Württemberg enthält, sind, binnen zwei Wochen Nachbesserungen an allen Fahrzeugen der Zertifizierungskategorie soweit umzusetzen, dass die Einhaltung der Messgenauigkeit gewährt ist. Im Übrigen gelten die Regelungen zur Sachmängelhaftung.
- 16.5 Der Auftraggeber oder der Rahmenvertragspartner kann die durch die Nichteinhaltung der statistischen Parameter entstandenen Aufwände in Form von weiteren Prüfaufgaben des Gutachters ab dem Zeitpunkt der Mitteilung der Nichteinhaltung der statistischen Parameter bis zum Zeitpunkt der erfolgreichen Zertifizierung der Messgenauigkeit in Höhe von bis zu 50 % der Kosten des Zusatzaufwands des Gutachters dem Auftragnehmer in Rechnung stellen.

17 Schutzrechte/Urheberrechte

- 17.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Lieferungen und Leistungen frei von Schutzrechten Dritter zu erbringen. Sollte gegen den Rahmenvertragspartner oder einen Einzelauftraggeber wegen der Verletzung von Schutzrechten auf Grund der Herstellung, Aufstellung oder Benutzung der vom Auftragnehmer erbrachten Lieferungen und Leistungen Ansprüche geltend gemacht werden, so wird der Auftragnehmer den Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber von allen Ansprüchen und diesbezüglichen Kosten freistellen. Der Auftragnehmer ist allein berechtigt und verpflichtet, den Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber gegen die Ansprüche des Inhabers derartiger Rechte zu verteidigen und diese Ansprüche auf eigene Kosten zu regeln. Sodann hat der Auftragnehmer dem Rahmenvertragspartner oder Auftraggeber das Recht zur Benutzung des Gesamtsystems zu ermöglichen, indem er nach seiner Wahl das gelieferte System oder die schutzrechtsverletzenden Teile abgeändert oder solche Teile durch schutzrechtsfreie Teile ersetzt oder eine Lizenz von dem Dritten, dessen Rechte verletzt wurden, erwirbt. Wenn es dem Auftragnehmer wirtschaftlich unzumutbar ist, dann erklären sich Rahmenvertragspartner und Auftraggeber bereit, auf Veranlassung des Auftragnehmers mit diesem Gespräche dahingehend aufzunehmen, das System zurückzugeben. Beide Seiten sind sich bereits jetzt darüber einig, dass die für Rahmenvertragspartner, Auftraggeber und Auftragnehmer wirtschaftlichste Lösung angestrebt werden soll.

Der dem Rahmenvertragspartner und dem Auftraggeber dadurch entstandene Schaden ist vom Auftragnehmer in voller Höhe zu ersetzen.

Vorstehende Verpflichtungen des Auftragnehmers haben zur Voraussetzung, dass

- der Rahmenvertragspartner oder der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich unterrichten, falls ein Dritter gegen den Auftraggeber Ansprüche wegen Schutzrechtsverletzung geltend macht,
- der Rahmenvertragspartner oder der Auftraggeber von sich aus die Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen,
- die Verletzung nicht darauf zurückzuführen ist, dass der Rahmenvertragspartner, der Auftraggeber oder in seinem Auftrag ein Dritter das gelieferte System abgeändert hat und
- der Auftraggeber oder – soweit zutreffend – der Rahmenvertragspartner den Auftragnehmer bei der Abwehr von Schutzrechtsansprüchen unterstützen.

- 17.2 Der Auftragnehmer behält sich das Urheberrecht und die Nutzung an sämtlichen von ihm erstellten Programmen und von ihm übergebenen Unterlagen vor. Der Auftragnehmer erteilt den Auftraggebern nach Abnahme beziehungsweise Teil-Abnahme und vollständiger Bezahlung des Vertragspreises für die abgenommene Leistung ein nicht-ausschließliches, nicht-übertragbares und unwiderrufliches Recht zur Nutzung der gelieferten Programme und Unterlagen für den eigenen Gebrauch; dieses Recht wird dem Auftraggeber vom Auftragnehmer bereits mit der Inbetriebnahme zugewillt. Das Nutzungsrecht beinhaltet nicht das Recht zur Vervielfältigung von Programmen; für Unterlagen ist eine Vervielfältigung nur

insoweit gestattet, als es für den eigenen Gebrauch, die Instandhaltung oder die Instandsetzung erforderlich ist.

- 17.3 Der Auftragnehmer wird auf eigene Kosten sein eingebrachtes Eigentum sowie das seines Personals und seiner Subunternehmer versichern. Der Auftraggeber übernimmt keine Haftung für eingebrachtes Eigentum des Auftragnehmers, seines Personals und sonstiger Subunternehmer.
- 17.4 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter, die sich unmittel- oder mittelbar aus der Vertragserfüllung ergeben, uneingeschränkt frei.

18 Laufzeit des Rahmenvertrags, Höchstmenge und Kündigung

- 18.1 Dieser Rahmenvertrag beginnt mit dem Zuschlag und endet automatisch nach Ablauf von 48 Monaten nach dem Zuschlag, ohne dass es einer Kündigung bedarf (Laufzeit des Vertrags). Der Rahmenvertrag endet unabhängig davon automatisch, sobald die maximale Bestellmenge/Abrufmenge (Höchstmenge) von 966 Fahrzeugausstattungen mit AFZS-Sensorik erreicht ist.
- 18.2 Die ordentliche Kündigung des Rahmenvertrags, auch vor dessen Beginn, ist für beide Seiten ausgeschlossen.
- 18.3 Dieser Rahmenvertrag kann von beiden Rahmenvereinbarungsparteien (VVS GmbH und Auftragnehmer) außerordentlich ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund i. S. d. § 314 BGB vorliegt, oder dieser Vertrag ausdrücklich bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen einen außerordentlichen Kündigungsgrund regelt. Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Die außerordentliche Kündigung dieses Rahmenvertrags auf Auftraggeberseite kann auch nur durch den Rahmenvertragspartner selbst und nicht durch die abrufberechtigten Verkehrsunternehmen oder Aufgabenträger ausgesprochen werden. Eine außerordentliche Kündigung dieses Rahmenvertrags durch die VVS GmbH bewirkt, dass die Möglichkeit der Abrufe von Leistungen durch die bezugsberechtigten Verkehrsunternehmen nach diesem Vertrag hierdurch entfällt.
- 18.4 Die Beendigung durch Zeitablauf oder durch Erreichen der Höchstmenge oder Kündigung dieses Rahmenvertrags beendet nicht zugleich auch die auf Basis dieses Rahmenvertrags einzeln abgeschlossenen Einzelverträge sowie des optional abgeschlossenen EVB-IT Cloudvertrags. Die Beendigung oder Kündigung der einzelnen Einzelverträge bzw. des EVB-IT Cloudvertrags richtet sich nach den Bestimmungen dieser Einzelverträge bzw. des EVB-IT Cloudvertrags und den gesetzlichen Bestimmungen und erfolgt durch den jeweiligen Vertragspartner/Bezugsberechtigten. Nach Beendigung durch Zeitablauf oder durch Erreichen der Höchstmenge oder Kündigung dieses Rahmenvertrags ist jedoch ein weiterer Abruf von Einzelverträgen oder eine Erweiterung/Verlängerung eines laufenden Einzelvertrags bzw. des EVB-IT Cloudvertrags nach diesem Rahmenvertrag nicht mehr möglich.
- 18.5 Die VVS GmbH kann unbeschadet gesetzlicher Kündigungsrechte diesen Rahmenvertrag ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen,
- wenn sich herausstellen sollte, dass der mit diesem Rahmenvertrag verfolgte Zweck des Vorhabens nach objektiven Gesichtspunkten nicht erreicht wird oder im erheblichen Umfang nicht erreicht wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Auftragnehmer die Erfüllung von zwingenden Anforderungen aus dem Lastenheft (der Leistungsbeschreibung) oder zwingenden Festlegungen aus dem Pflichtenheft zurückweist oder verweigert;
 - wenn nach einem fehlgeschlagenen Versuch die Funktionsprüfung erneut ohne Erfolg durchgeführt wird;
 - wenn der Auftragnehmer trotz erfolgter Abmahnung wiederholt wesentliche Vertragspflichten verletzt oder die erstmalige Verletzung von Vertragspflichten sich als hinreichend schwerwiegend erweist, dass eine Fortführung dieses Rahmenvertrags für die VVS GmbH unzumutbar ist. Pflichtverletzungen des Auftragnehmers aus den abgerufenen Einzelverträgen können einen wichtigen Grund zur Kündigung dieses Rahmenvertrags darstellen, wenn diese aufgrund ihrer Häufigkeit oder Schwere eine Fortführung dieses Rahmenvertrags für die VVS GmbH unzumutbar werden lassen.
 - wenn der Auftragnehmer unter Verstoß gegen Ziffer 4 dieses Rahmenvertrags Unterauftragnehmer ohne die erforderliche Zustimmung oder nach den Anforderungen dieses Vertrags nicht geeignete Unterauftragnehmer einsetzt;

- wenn seitens des Auftragnehmers gegen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (A-EntG) und/oder Regelungen des Mindestlohngesetzes verstoßen wird;
- wenn vom Auftragnehmer selbst oder zulässigerweise von dem Auftraggeber oder einem anderen Gläubiger das Insolvenzverfahren (§§ 14 und 15 InsO) bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt ist;
- wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren (§§14 und 15 InsO) bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet wird;
- wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§§14 und 15 InsO) bzw. eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers mangels Masse abgelehnt wird;
- wenn die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt wird, dass der Auftragnehmer seine Leistungen nicht nur vorübergehend einstellt;
- wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt;
- wenn der Auftragnehmer dem Rahmenvertragspartner oder dessen Mitarbeitern oder den Organen oder Mitarbeitern der abrufberechtigten ÖPNV-Aufgabenträger oder vom Auftraggeber Rahmenvertrag beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, verspricht oder gewährt;
- wenn der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber Rahmenvertrag oder dessen Mitarbeitern oder den Organen oder Mitarbeitern der abrufberechtigten ÖPNV-Aufgabenträger oder vom Auftraggeber beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen;
- bei erheblicher Verletzung der vertraglichen Verpflichtung zur Vertraulichkeit und Einhaltung des Datenschutzes, insbesondere auch bei erheblichen oder wiederholten Verstößen gegen die Regelungen der zwischen den Einzelauftraggebern und dem Auftragnehmer abgeschlossenen Verträge zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) durch den Auftragnehmer, seine Mitarbeiter oder seine etwaigen Nachunternehmer;
- im Falle der schuldhaften Nichterfüllung der Verpflichtungen der Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg.

Weiter im Rahmenvertrag geregelte Kündigungsrechte bleiben davon unberührt. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch den Auftraggeber oder der abrufberechtigten Einrichtungen bleiben ebenfalls unberührt.

19 Sachmängelhaftung

- 19.1 Mit erfolgter Abnahme des Systems im Fahrzeug durch den Einzelauftraggeber beginnt die Gewährleistungsfrist.
- 19.2 Die Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für die Haftung für Sachmängel durch den Auftragnehmer beträgt 2 Jahre. Die Gewährleistungsfrist für alle Bestandteile des in dem Fahrzeug verbauten AFZS-Systems endet frühestens 2 Jahre nach erfolgter Abnahme des Systems in dem Fahrzeug gem. Ziffer 15 dieses Vertrags, auch wenn für Teile des Systems oder dieses insgesamt im Hinblick auf bestimmte Eigenschaften und Funktionsweisen bereits früher Teil-Abnahmen erfolgt sind. Sofern nach erfolgter Abnahme im Rahmen der Zertifizierung der Messgenauigkeit gem. Ziffer 16 Mängel festgestellt wurden, endet die Gewährleistungsfrist für das in dem Fahrzeug verbaute Gesamtsystem frühestens 2 Jahre nach Behebung der Mängel bei der Messgenauigkeit.
- 19.3 Art und Umfang der Sachmängelhaftung richten sich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, soweit gemäß Liste der Erfüllung der Anforderungen des Lastenheftes (Kriterienliste) durch Pflichtenheft oder gesonderte Vereinbarung nicht etwas anderes vereinbart wurde. Die Sachmängelhaftung erstreckt sich auch auf die Dokumentation und die technischen Unterlagen. Mängel innerhalb der Sachmängelhaftungsfrist

werden vom Auftragnehmer nach eigener Wahl entweder durch Nachbesserung oder durch Ersatz/Erneuerung von Teilen oder Programmen behoben.

- 19.4 Sollte die Beschaffenheit der vertragsgegenständlichen AFZS-Systeme oder deren Bestandteile in den ersten 6 Monaten nach Abnahme von der Soll-Beschaffenheit abweichen, wird vermutet, dass die abweichende Ist-Beschaffenheit schon verdeckt bei Abnahme vorlag, außer die Parteien haben bei Abnahme etwas Abweichendes bestimmt.
- 19.5 Können Mängel nicht kurzfristig beseitigt werden, hat der Auftragnehmer einen gleichwertigen Ersatz zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeber führt über die Ausfallzeiten der Komponenten Aufzeichnungen. Dabei sind anzugeben der Zeitpunkt (Tag und Uhrzeit der Mängelmeldung) sowie der Zeitpunkt, zu dem die Komponenten nach der Mängelbeseitigung wieder aufgabengerecht genutzt werden konnten.
- 19.6 Beteiligt sich der Auftraggeber mit Zustimmung des Auftragnehmers an der Fehlerbeseitigung, bleibt hierdurch die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Sachmängelhaftung unberührt.
- 19.7 Fehler sind vom Personal des Auftraggebers nachvollziehbar zu beschreiben. Dies gilt insbesondere für sporadisch auftretende Mängel, die einer längeren Beobachtungszeit seitens des Auftraggebers unterworfen werden.
- 19.8 Eine Beseitigung solcher Mängel setzt in der Regel voraus, dass die Mängel reproduzierbar sind. Es ist vom Auftraggeber generell Auskunft über bereits vorgenommene Änderungen am System, egal welcher Art, zu erteilen.
- 19.9 Treten Serienfehler während der Verjährungsfrist für die Haftung für Sachmängel auf, verlängert sich die Gewährleistung für alle Geräte, Baugruppen oder Software um die Dauer der Fehlerbeseitigung. Betroffene Geräte, Baugruppen, Software oder Dokumentationsbestandteile sind für den Auftraggeber bei allen Installationen kostenneutral auszutauschen, und zwar unabhängig davon, ob an dieser Komponente der Fehler bereits aufgetreten ist. Die dem Auftraggeber dabei entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Ein Serienfehler liegt vor, wenn innerhalb von 6 Monaten ab Inverkehrbringen der Baugruppen der gleiche Mangel mindestens 10 mal auftritt. Baugruppen, die sich nur durch die Konfiguration o. ä. unterscheiden, ansonsten aber technisch gleich sind, gelten als eine Baugruppe.
- 19.10 Zur Registrierung der einzelnen Fälle der Sachmängelhaftung wird beim Auftragnehmer ein Sachmängelregister geführt, in welchem alle Fälle der Sachmängelhaftung eingetragen werden. Dabei sind als Mindestanforderung folgende Daten festzuhalten:
- Tag und Uhrzeit der Störmeldung,
 - Tag und Uhrzeit der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft,
 - Beschreibung der Störung, insbesondere Darstellung der Ursache,
 - Versand von Geräten bzw. Geräteteilen, Unterlagen, Schriftstücken, Datenträgern etc. an den Auftraggeber,
 - Versand von Geräten bzw. Geräteteilen, Unterlagen, Schriftstücken, Datenträgern etc. an andere Stellen,
 - am Aufstellungsort eingebaute Ersatzteile,
 - am Aufstellungsort ausgetauschte Module,
 - Zählerstände.

Das Register ist dem Rahmenvertragspartner monatlich in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

20 Ersatzteillieferungen

- 20.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Lieferbarkeit von sämtlichen Ersatzteilen und Ersatzteilen für die gelieferten Geräten oder auch hierfür kompatible Ersatzteile für eine Dauer von 10 Jahren ab Abnahme des Systems in dem jeweiligen Fahrzeug sicherzustellen.
- 20.2 Für Ersatzteillieferungen des Auftragnehmers außerhalb der Sachmängelhaftung und außerhalb eines abgeschlossenen Instandhaltungsvertrags gilt der beim Auftragnehmer übliche Listenpreis.

21 Leistungen der Auftraggeber

- 21.1 Der Einzelauftraggeber stellt dem Auftragnehmer alle Informationen über Betriebsabläufe und Betriebs-einrichtungen zur Verfügung, die für die Durchführung des Projekts erforderlich sind.
- 21.2 Sofern von dem jeweiligen Auftraggeber in Abstimmung mit dem Auftragnehmer eigenes Personal zur Mitwirkung bei der Tätigkeit des Auftragnehmers eingesetzt wird, unterliegt dieses während der Mitwirkung den technischen Anweisungen des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist berechtigt, jederzeit auf die Mitwirkung des Personals des jeweiligen Auftraggebers zu verzichten.

22 Vertragsstrafen

- 22.1 Gerät der Auftragnehmer mit der Ausführung der nach diesem Rahmenvertrag vereinbarten Fristen für die Pflichtenheft- und Testphase und dem Beginn der Abrufphase in Verzug, hat er bei schuldhafter Überschreitung einer vertraglich vereinbarten Einzelfrist oder der Frist zur Vollendung entsprechend dem Zeitplan für jeden Tag der verschuldeten Fristüberschreitung 500,00 € als Vertragsstrafe an den Rahmenvertragspartner VVS GmbH zu zahlen. Die Höhe der Vertragsstrafe darf insgesamt höchstens 20.000,00 € betragen.
- 22.2 Gerät der Auftragnehmer mit der Ausführung mit vertraglich Leistungen aus Einzelabrufen/Einzelverträgen, für welche die Fristen und Termine aus dem Einzelabruf maßgeblich sind, in Verzug, hat er bei schuldhafter Überschreitung einer vertraglich vereinbarten Einzelfrist oder der Frist zur Vollendung entsprechend dem Zeitplan für jeden Tag der verschuldeten Fristüberschreitung 0,2 vom Hundert der tatsächlich auf die Einzelleistung oder auf den Anteil des in Verzug befindlichen Teils der Gesamtleistung entfallenden Teil der Gesamtvergütung (zuzüglich MwSt.) des Einzelabrufs als Vertragsstrafe an den jeweiligen Einzelauftraggeber zu zahlen. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafen bei Überschreitung von Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Die Höhe der Vertragsstrafe darf insgesamt höchstens 5 vom Hundert der tatsächlich an den Auftragnehmer zu zahlenden Gesamtvergütung aus dem Einzelabruf/Einzelvertrag betragen.
- 22.3 Die Vertragsstrafe wird auch dann fällig, wenn der Auftraggeber sich diese bei Annahme der verspäteten Leistung nicht ausdrücklich vorbehält.
- 22.4 Unabhängig von der Vertragsstrafe behält sich der Auftraggeber vor, Schadensersatzansprüche im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen geltend zu machen. Gezahlte Vertragsstrafen werden auf einen eventuellen Schadensersatzanspruch, der auf dem gleichen Grund beruht, angerechnet.
- 22.5 Das Recht zur Kündigung des Rahmenvertrags oder der Einzelabrufe/Einzelverträge bleibt hiervon unberührt.

23 Haftung und Versicherung

- 23.1 Der Auftraggeber dieses Rahmenvertrags, die VVS GmbH, ist koordinierend als Vergabestelle für den Rahmenvertrag tätig und haftet nach den gesetzlichen Vorschriften nur für Verstöße, welche ihre eigene Tätigkeit im Rahmen der Ausschreibung und des Rahmenvertrags betreffen. Des Weiteren haftet die VVS GmbH in Rahmen von Einzelvertragsverhältnissen/ -leistungen, welche nach der Zuordnung in dem Leistungsverzeichnis (Preisblatt) zwischen der VVS GmbH und dem Auftragnehmer vereinbart werden.
- 23.2 Der Auftraggeber des Rahmenvertrags, die VVS GmbH, übernimmt für Handlungen der bezugsberechtigten Einzelauftraggeber, welche ausschließliche Vertragspartner des Auftragnehmers bezüglich ihrer Einzelabrufe sind, im Rahmen der Erfüllung und Abwicklung der durch diese Einzelabrufe begründeten Vertragsverhältnisse keinerlei Haftung.
- 23.3 Die abrufberechtigten Einzelauftraggeber haften demnach jeweils gegenüber dem Auftragnehmer im Rahmen ihrer eigenen vertraglichen Verhältnisse entsprechend der Bestimmungen aus den jeweils abgeschlossenen Aufträgen und den gesetzlichen Vorschriften. Eine gesamtschuldnerische vertragliche

Haftung der abrufberechtigten Einzelauftraggeber und des Auftraggebers des Rahmenvertrags ist ausgeschlossen.

- 23.4 Der Auftragnehmer haftet sowohl für eigenes als auch für das Verschulden von Subunternehmern.
- 23.5 Verursacht der Auftragnehmer Schäden an Einrichtungen oder Gebäuden eines Einzelauftraggebers oder Dritten, so hat er den Einzelauftraggeber oder den geschädigten Dritten unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen.
- 23.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mit einer Mindestdeckungssumme von 3.000.000 € zweifach maximiert pro Kalenderjahr für jede der vorbenannten Schadensarten für die gesamte Vertragslaufzeit vorzuhalten und dies auf Anforderung dem Auftraggeber nachzuweisen.
- 23.7 Die vertraglichen und gesetzlichen Regelungen zur Sachmängelhaftung bleiben hiervon unberührt.

24. Rücknahme der Hardware

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausgelieferte, kraft Gesetzes einer besonderen Entsorgung bedürftige Hardware zurückzunehmen. Bei Anlieferung und Übergabe werden diese Geräte gekennzeichnet. Für den unverzüglichen Abtransport und – falls erforderlich – die fachgerechte Entsorgung der Verpackungsmaterialien ist der Auftragnehmer verantwortlich.

25. Auskunftspflicht

Rahmenvertragspartner, Einzelauftraggeber und Auftragnehmer sind jederzeit verpflichtet, einander die Auskünfte zu erteilen, die nötig sind, um die jeweiligen Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu erfüllen. Auch bei Kündigung oder Rücktritt sind der Rahmenvertragspartner, Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichtet, einander die Auskünfte zu erteilen, die nötig sind, um die jeweiligen Ansprüche zu bemessen.

26. Dokumentation

Die Dokumentation mit allen Unterlagen und Beschreibungen über die vertraglich festgelegten Lieferungen und Leistungen ist dem Auftraggeber spätestens bei erfolgter Inbetriebnahme in endgültiger Form vorzulegen. Teildokumentationen mit vorläufigen Unterlagen sind dem Auftraggeber zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu übergeben.

Die Kosten für alle Zeichnungen, Beschreibungen und Betriebsanleitungen sind im Angebotspreis enthalten.

27. Ansprechpartner und Kommunikation

- 27.1 Ansprechpartner des Auftragnehmers:
Der Auftragnehmer hat bereits in seinem Angebot die verantwortlichen Ansprechpartner (inkl. Kontaktdaten: Telefon und E-Mail-Adresse) und deren Stellvertretung benannt.
- 27.2 Ansprechpartner des Auftraggebers des Rahmenvertrags:
Der Auftraggeber benennt spätestens nach Zuschlagserteilung die verschiedenen verantwortlichen Ansprechpartner (inkl. Kontaktdaten: Telefon und E-Mail-Adresse) in einer Liste in Textform.
- 27.3 Der Auftraggeber des Rahmenvertrags erstellt nach Zuschlag eine Liste mit Ansprechpartnern beider Parteien, welche dem Rahmenvertrag als Anlage 2 nach Zuschlagserteilung angehängt wird.
- 27.4 Eine Änderung von Ansprechpartnern sowie der Kontaktdaten ist umgehend der anderen Vertragspartei zu übermitteln. Der Auftraggeber des Rahmenvertrags erstellt umgehend aktualisierte Liste, welche als neue Anlage 2 dem Rahmenvertrag beigelegt und dem Auftragnehmer in elektronischer Form übermittelt wird.

28. Vertragsänderungen

Änderungen oder Ergänzungen dieses Rahmenvertrags oder einzelner Bestimmungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform und der Unterzeichnung bzw. schriftlichen Bestätigung durch die Rahmenvertragspartner. Dies gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel.

29. Rechtswahl und Gerichtsstand

- 29.1 Die Parteien vereinbaren die Anwendung des Rechts der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendbarkeit von Vorschriften des UN-Kaufrechts werden ausgeschlossen.
- 29.2 Erfüllungsort für die Einzelabrufe ist der Sitz des jeweiligen abrufenden Einzelauftraggebers.
- 29.3 Im Falle von Rechtsstreitigkeiten aus den Einzelabrufen und welchen, die mit den Einzelabrufen im Zusammenhang stehen, gilt der Sitz des jeweiligen abrufenden Einzelauftraggebers als Gerichtsstand.
- 29.4 Im Falle von Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Auftraggeber dieses Rahmenvertrags (VVS GmbH) und dem Auftragnehmer aus diesem Rahmenvertrag und welchen, die mit dem Rahmenvertrag im Zusammenhang stehen, gilt Stuttgart als Gerichtsstand.

30. Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen.

31. Inkrafttreten

Der Vertrag tritt mit Zugang des durch die Vergabestelle im zu Grunde liegenden Vergabeverfahren erteilten Zuschlages beim Auftragnehmer auf dessen gültiges Angebot gemäß Vergabeunterlage in jenem Vergabeverfahren in Kraft.

Anlagen:

- Anlage 1: Liste der abrufberechtigten Verkehrsunternehmen / Aufgabenträger
(wird bei Vertragsschluss ergänzt)
- Anlage 2: Liste der Ansprechpartner des Auftraggebers des Rahmenvertrags und des Auftragnehmers
(wird bei Vertragsschluss ergänzt)
- Anlage 3: Fehlerbewertungskatalog zum Kapitel 14 (Probetrieb) des Rahmenvertrags AFZS-Fahrzeugausstattungen
- Anlage 4: Anforderungskatalog „Automatische Fahrgastzählung“ des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg